

Rolf Strojec

Heute vor 70 Jahren:

Die Denunziation und Hinrichtung von Walter Rietig

Am Ende ging alles ganz schnell. Heute vor siebzig Jahren erfuhr der Opel-Arbeiter Walter Rietig um die Mittagszeit, daß das Gnadengesuch gegen sein Todesurteil abgelehnt worden sei. Am späten Abend wurde er dann in den Hinrichtungsraum in Berlin-Plötzensee geführt. Innerhalb von 20 Sekunden wurde er festgeschnallt und mit dem Fallbeil hingerichtet. Es war ein Justizmord beruhend auf einer Denunziantengeschichte: Es ging darum im kriegswichtigen Rüstungsbetrieb Opel ein Exempel gegen mögliche Widerstände zu statuieren. Denn in Stalingrad hatte schon längst die Götterdämmerung des sog. „Dritten Reiches“ begonnen.



Wer war Walter Rietig?

Als Walter Hermann Erich Rietig wurde er am 4. November 1906 in Breslau als Sohn des Max Gustav Rietig, Lackierer und dessen Ehefrau Emilie, geborene Gambus, geboren. Er hatte eine schwere Kindheit, denn seine Mutter starb sehr früh und der Vater heiratete erneut. Doch mit seiner Stiefmutter Pauline hatte Walter Probleme. „Die Stiefmutter wollte Walter nicht bei sich haben und hat ihn in ein evangelisches Kinderheim gesteckt, in dem er sich nicht wohl fühlte“, weiß Walters Enkelin Sylvia zu berichten.¹ Als Walter mit 14 Jahren aus dem Heim kam, trat er sofort aus der Kirche aus. Walter lernte den Beruf des Spenglers. Er wurde auf Montage zu Opel nach Rüsselsheim geschickt und blieb dann dort hängen. Seit 1929 arbeitete er bei der Firma Opel in Rüsselsheim, zunächst befristet, später fest.²

Am 21. November 1929 zog er von Rüsselsheim nach Langen in die Wolfsgartenstraße 54 zur Familie Werkmann. Am 23. Mai 1931 heiratete er deren am 21.9.1903 geborene Tochter Katharina Margarethe genannt Greta. Es war eine standesamtliche Trauung, denn seine Frau war – nach der Schilderung seiner Erlebnisse im Kinderheim – ebenfalls aus der Kirche ausgetreten. Im August 1939 wurde ihr Sohn Gerhard geboren.

Immer der Arbeiterbewegung zugehörig

Walter fühlte sich immer der Arbeiterbewegung zugehörig. Von 1926 bis 1928 war er Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend, einer Jugendorganisation der SPD, und seit 1929 auch beim

Touristenverein „Naturfreunde“ in Langen. In der Endphase der Weimarer Republik und ab 1933 nähert er sich wegen der Inaktivität der SPD und persönlichen Kontakten bei den Naturfreunden der KPD an. So finden wir ihn 1932 auf einem Foto bei einer Demonstration der Internationalen Arbeiterhilfe, die der KPD nahestand. Diese Hinwendung zum Aktivismus der Kommunisten ist im übrigen typisch für viele jüngere politische und gewerkschaftliche Biographien in dieser Zeit.



Walter Rietig (2 von li) auf einer IAH-Demonstration in Langen 1932

„In der Dokumentation „Hessische Gewerkschafter im Widerstand“ wird ausgeführt, daß Walter Rietig sich bereits 1933 einer illegalen Gruppe von Sozialdemokraten und Kommunisten bei Opel angeschlossen habe. Über den weiteren Werdegang dieser Gruppe ist nichts zu erfahren. In der ersten Hälfte des Jahres 1935 gelang es der Gestapo, den größten Teil der Widerstandsgruppen im Kreis Groß-Gerau zu zerschlagen. Auch viele Arbeiter der Opel-Werke wurden verhaftet — Walter Rietig war nicht darunter.³ Erst Anfang der Vierziger Jahre hören wir wieder von ihm. Es gab im Werk eine große, illegale Widerstandsgruppe von über 50 Personen, die seit 1936 von Wilhelm Feutner, dem ehemaligen Leiter des Sekretariats der KPD im Kreis Groß-Gerau geleitet wurde. Diese hatten sich in viele Zellen von nicht mehr als 5 Mitgliedern aufgeteilt. Im Bereich Schnittbau und Preßwerk leitete der spätere Betriebsratsvorsitzende Fritz Zängerle eine solche Widerstandszelle, die meist illegale Sender abhörte, Informationen weitergab, aber auch ausländischen Zwangsarbeitern zur Flucht verhalf. Zängerle berichtet 1948 vor der Spruchkammer Groß-Gerau: „„Der Rietig ist mir aus Langen bekannt, ich bin in Langen geboren und meine Eltern wohnen dort. Wir waren auch parteilich zusammen tätig und es hatte sich da ein freundschaftliches Verhältnis zwischen uns gebildet und seine einwandfreie politische Haltung hat mich veranlasst, ihn zur Mitarbeit in der Betriebszelle heranzuziehen. Es ist mir dann bekannt geworden, dass Rietig bei der Aufnahme der

Verbindungen zu den anderen ausländischen Arbeitern erwischte wurde, und zwar durch den Schmalz.“⁴



Walter Rietig (im Hintergrund), vorne Fritz Zängerle mit Rietigs zweijährigem Sohn Gerhard 1941 in Langen (Foto:Privatarchiv Rolf Strojec)

Walter galt als „harmloser, guter Mann, der niemanden etwas zuleide tun konnte“.⁵ Seine Unbekümmertheit sollte ihm zum Verhängnis werden. Fritz Zängerle beschreibt ihn so: „Manchmal war er mit kritischen Äußerungen gegenüber dem Naziregime leichtsinnig, achtete nicht darauf, mit wem er gerade sprach“.⁶ Die Enkelin Sylvia Rietig ergänzt: „Er war auch etwas schwerhörig, was dazu führte, daß er lauter als normal sprach“⁷. Und als Walter Rietig Ende Mai 1942 wieder einmal an seinem neu zugewiesenen Arbeitsplatz in der Werkabteilung mit Kollegen sprach, stand sein NS-Zellenwaller Schmalz hinter ihm.

Die Denunziation

Schmalz stand da nicht aus Zufall. Er war schon vorher von Rietigs „Kollegen“ über dessen „kommunistischen Hetzreden“ informiert worden. Seine „Kollegen“ waren der Arbeiter Heinrich Traiser aus Groß-Gerau und Eugen Köth aus Pfaffen-Schwabenheim. Diese hatten mitbekommen, daß Rietig öfter mit dem französischen Kriegsgefangenen Oriag, aber auch anderen Arbeitern diskutierte. Sie denunzierten Rietig beim NS-Zellenwaller Schmalz, auch weil es Unstimmigkeiten untereinander wegen der Arbeitsabläufe gab. „Dieser Schmalz war ein sehr berüchtigter Mann gewesen, der sogar bei den Nazis anrühlich war. Es wollte kein Mensch etwas mit ihm zu tun haben. Dieser Mann hat das ganze Preßwerk terrorisiert...“⁸ Auf jeden Fall notierte er die Denunziationen von Traiser, der als einfältig, aber förderndes Mitglied der SS geschildert wird⁹ und setzte die Beobachtung und Bespitzelung von Walter Rietig in Gang. Schmalz ist verantwortlich für eine intensive Beobachtung, wahrscheinlich auch aktive Verwicklung Rietigs in politische Gespräche. So sagte der Zeuge Reichhardt nach dem Krieg im Prozeß gegen Traiser aus: „Es ist auch auf

Veranlassung des Schmalz dem Rietig ein anderer Arbeiter beigegeben worden, damit dieser da aus Rietig etwas raus kriegen sollte. Aber dieser Arbeiter, es war der Herr Resch, hat sich gesagt: "Halt' einmal, das mache ich nicht mit" und er hat – nichts über den Rietig gesagt.¹⁰ Nach dem Krieg sagte der Gestapo-Mann Böhm aus, daß es 40 karteimäßig erfasste Spitzel bei Opel gab, die auch in Berlin bekannt waren.¹¹ Das Ergebnis, welches schließlich zur Verhaftung von Walter im Betrieb wegen „staatsfeindlicher Äußerungen“ durch die Gestapo führte, war die Auflistung reiner Meinungsäußerungen zur politischen Lage:

- Die deutschen Arbeiter erhielten mehr Arbeit und weniger Brot
- Deutschland hat Rußland überfallen
- Die Juden seien das intelligenteste Volk. Sie seien aus Deutschland wegen der Konkurrenz hinausgeworfen worden
- „England gewinnt den Krieg, daran ist kein Zweifel, und wenn England den Krieg gewinnt, dann wird Europa bolschewistisch. Dann erst wird es für uns besser.“¹²

Diese Aussagen wurden auch dem Betriebsobmann Artur Liebermann gemeldet, der dies in seiner üblichen Art sofort der Gestapo Darmstadt weitermeldete. Er schreibt am 18. Januar 1943 an den Kreisobmann der Deutschen Arbeitsfront: "Derselbe (Rietig). hatte, wie Ihnen von mir mitgeteilt, sich in staatsfeindlichem Sinne geäußert und betätigt und wurde von mir durch die Vertrauensmänner der DAF der Gestapo zur Meldung gebracht." ¹³

Schmalz informierte neben Liebermann auch noch seinen SA-Sturmführer. Letztlich wurde Walter Rietig nur wegen dieser in Arbeits- und Pausengesprächen gefallenen Äußerungen bei der Gestapo Darmstadt denunziert. Er wurde am 13. Juli von dieser im Opel-Werk verhaftet und ergänzt um den Vorwurf des „unerlaubten Umgangs mit Kriegsgefangenen“ nach Darmstadt gebracht. Nach einem zweitägigen Gestapo-Verhör unterschreibt er ein „Vernehmungsprotokoll“ und gesteht alle Äußerungen aus kommunistischer Überzeugung gemacht zu haben. Selbst das spätere Urteil des Volksgerichtshofs spricht die skandalösen Umstände dieser „Vernehmung“ an, indem legitimierend auf „eine etwas schärfere Behandlung, wie sie wegen seines Verhaltens bei der Polizei notwendig war“ verwiesen wird. Walters Rechtsbeistand, der Anwalt Neuschäffer aus Darmstadt ist entsetzt über die Jammergestalten der Belastungszeugen. Lediglich der Franzose Oriag habe mannhaft ausgesagt und keinerlei Belastungen vorgebracht.¹⁴

Spätestens als Rietigs Widerruf des Geständnisses nicht berücksichtigt wurde und Haftbefehl wg. „landesverräterischer Feindbegünstigung in Verbindung mit der Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens“ und „unerlaubten Umgangs mit Kriegsgefangenen“ erlassen wurde, wußte Oriag was er zu tun hatte. Er floh aus der Firma Opel und stand somit für „schärfere Befragungen“ nicht mehr zur Verfügung.¹⁵

Walter Rietig wurde am 23. Juli vom Gestapogefängnis in die Darmstädter Haftanstalt verlegt. Entgegen der üblichen Praxis wurde der Fall nicht an die Generalstaatsanwaltschaft Kassel sondern an den Volksgerichtshof in Berlin verwiesen. Walter wurde am 13. Oktober nach Berlin gebracht. Im Untersuchungsgefängnis Alt-Moabit wartete er hier 2 Wochen auf seinen Prozess vor dem berüchtigten Volksgerichtshof.

Das Verfahren vor dem Volksgerichtshof

„Die Gerichtsverhandlung war unter dem Gesichtspunkt der Rechtsstaatlichkeit eine Farce. Der Volksgerichtshof, das Reichsgericht für politische Straftaten, war eigens als Instrument der

nationalsozialistischen Staatsführung zur Bekämpfung des politischen Widerstandes geschaffen worden. Die im Fall Walter Rietigs den beiden Berufsrichtern assistierenden Laienrichter waren sämtlich Funktionäre der NSDAP in hohen Parteiämtern. Von diesem Gericht war kein unabhängiges Urteil zu erwarten“.¹⁶

In der Beweisaufnahme wurden nur die Belastungszeugen gehört; Gegenzeugen durften nicht auftreten. Die Denunzianten Traiser, Schmalz und Köth reisten mit einem Opel-Darlehen von 100 RM nach Berlin an. Sie blieben bei ihren Aussagen, selbst als der Staatsanwalt Traiser darauf hinwies, daß es in den nächsten 5 Minuten um Rietigs Kopf ginge. Der Schuldspruch stand von vornherein fest und stützte sich nur auf die Aussagen der Denunzianten. Für das, was er wirklich getan hatte, nämlich den Vorwurf des „verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen“ wurde die Anklage fallengelassen, weil es auch wegen Oriags Flucht keine Anhaltspunkte gab.

Walter wurde am 26. Oktober 1942 wegen „Schwächung der inneren Front des Deutschen Volkes durch kommunistische Werbereden“ und „wegen landesverräterischer Begünstigung des Feindes in Verbindung mit Hochverrat“ zum Tod durch das Fallbeil verurteilt. In der Urteilsbegründung legten die Richter klar, weshalb sie die Höchststrafe verhängten: „... aus Gründen der Abschreckung“. Denn „die Gefahr lag ... nahe, dass das vom Angeklagten ausgestreute Zersetzungsgift unter der Belegschaft der Opelwerke weiterwirken und eine in ihrem Ausmaß nicht abzusehende Beeinträchtigung der Stimmung und des Arbeitswillens in diesem wichtigen Rüstungsbetrieb zur Folge haben werde.“ Die gesamte vorliegende Gerichtsakte mit ihren Formulierungen ist ein Ausdruck blutrünstiger Gesinnungsjustiz.¹⁷

Lange Wochen des Wartens begannen und Rietig hoffte auf eine Begnadigung. Doch dann ging alles ganz schnell: Am 3. Dezember 1942 entschied der Reichsjustizminister, keinen Gebrauch von seinem Begnadigungsrecht zu machen. Daraufhin erging am 8.12. der Vollstreckungsauftrag. Am Mittag seines Todestages erfuhr Rietig von der für den Abend geplanten Exekution. Noch einmal versuchte er, die Richter von der Unglaubwürdigkeit der Denunzianten zu überzeugen, doch die lehnten noch am gleichen Tag einen Wiederaufnahmeantrag ab. Rietig hatte nicht mehr die Möglichkeit, seine Familie zu sehen; per Brief hat er sich kurz vor seinem Tode von ihnen verabschiedet. (siehe Anhang)

Kurz vor Weihnachten, am Abend des 22. Dezembers 1942 gegen 23.00 Uhr, wurde Walter Rietig im Alter von 36 Jahren im Strafgefängnis Berlin-Plötzensee mit dem Fallbeil hingerichtet. Nach einer Anordnung des Reichsjustizministeriums sollte die Exekution nur an einer einzigen Stelle bekannt gegeben werden: In den Opel-Werken. Dort verkündete ein rotes Plakat den Arbeitern den Tod des mutigen Widerstandskämpfers Walter Rietig. Doch tauchten auch noch mehrere Monate nach der Hinrichtung im Preßwerk und angrenzenden Werksteilen ganz andere Wandparolen auf: „Schmalz du Lump“,

Die rechtliche Würdigung

Schon 1939 hatte sich Fritz Zängerle mit Walter Rietig unterhalten:

„Der Rietig kam zu mir und sagte: ‚Fritz, ich muß ja meinen Arbeitsfront-Paß abliefern. ..Da sagte ich: ‚Walter, wenn dein Arbeitsfront-Paß eingezogen worden ist, dann hau ab. Du kriegst Verbindungen beschafft, daß du vielleicht in die Schweiz oder nach Frankreich abhauen kannst.‹ Und er hat gesagt: ‚Ach nee, das mache ich doch nicht; was kann mir schon blühen, im höchsten Fall drei Jahre, und da ist der Krieg auch entschieden‘, hat er gemeint. Aber er hat sich verrechnet.“¹⁸

Hierbei ging Walter Rietig davon aus, daß solche Verfahren wie üblich wegen Mundpropaganda nach § 83 Abs.2 StGB in regionalisierten Verfahren in Darmstadt oder Kassel verhandelt würden. Hier wäre nur eine mehrjährige Zuchthausstrafe möglich gewesen. Es waren mehrere Verfahren gegen kritische Opel-Angehörige bekannt, die nach diesem Muster abgelaufen waren. Die Regelstrafe des Oberlandesgerichts Kassel für kommunistische Mundpropaganda betrug z.B. im Jahr 1942 48 Monate Zuchthaus.¹⁹ Doch im Fall Rietig spielten zwei neue Faktoren eine Rolle: die veränderte Kriegslage und die Absicht des Vorsitzenden des Opel-Vertrauensrates Artur Liebermann, die Belegschaft exemplarisch einzuschüchtern. Margarete Rietig wies in mehreren Schreiben an die Spruchkammer Groß-Gerau im Verfahren gegen Liebermann auf dessen Rolle hin: „In diesen Betrieb gehört ein für allemal ein Denkkzettel“²⁰ Liebermann war ein Freund von Exempeln: Wegen der nicht opel- und deutschfreundlichen Einstellung der französischen Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen äußerte er öffentlich: „Es ist bedauerlich, daß der Werkschutz nicht eine politisch ausgerichtete Truppe wie die SS ist, dann wären schon längst einmal 2 von den Kerlen umgelegt worden, wie ich dies schon ein paarmal verlangt habe. Dann könnte man die ganze Gesellschaft morgens an den beiden vorbeidevillieren lassen und es käme endlich Ordnung hinein.“²¹ Liebermann kann man getrost zusammen mit dem Vertrauensratsmitglied Hans Romisch und dem 1941 eingesetzten NS-Beauftragten Dr. Hildebrand als „fanatische und gewalttätige Betriebsterroristen“ bezeichnen. (Eine Auswertung ihrer Verbrechen bei Opel wird z.Zt. von uns aufbereitet). Die intellektuellen NS-Juristen bemühten sich hingegen reichsweit einen Zusammenhang zwischen der Kriegsfront und der „inneren Front“ in den Rüstungsbetrieben zu konstruieren. Dazu führten sie den Tatbestand der Feindbegünstigung nach § 91 StGB ein und konstruierten diesen bezogen auf die angeblichen Äußerungen Rietigs. Hierfür war bis Ende 1943 allein der Volksgerichtshof zuständig. So heißt es denn auch in der Urteilsbegründung: „Der Angeklagte hat somit durch seine Reden einen Schlag gegen die Geschlossenheit und Leistungskraft der inneren Front des deutschen Volkes geführt und dadurch die Kriegsmacht des Reiches, die auf der inneren Front des Volkes ebenso sehr beruht, wie auf der äußeren, zu schwächen versucht.“²² Die Verfasser dieses konstruierten Urteils Kammergerichtsrat Granzow und Landgerichtsdirektor Lorenz wurden übrigens wie alle anderen Blutrichter des Volksgerichtshofs nie dafür zur Rechenschaft gezogen. Granzow starb 1948, Lorenz war noch bis in die Sechziger Jahre im Justizdienst der Bundesrepublik führend tätig.

Das weitere Schicksal der Opel-Denunzianten

Der Denunziant Traiser wurde von der Spruchkammer Groß-Gerau 1948 zu vier Jahren Arbeitslager, 50% Vermögensentzug und Aberkennung der Ehrenrechte verurteilt. Kurz nach Haftantritt kam er aus gesundheitlichen Gründen frei und starb im März 1949. Er war das willige und einfältige Instrument des Drahtziehers der Denunziation Schmalz, der sich bei Kriegsende nach Frankreich absetzt, dort interniert wird bis sich seine Spur verliert. Von Sanktionen gegen Köth ist nichts bekannt. Der eifrige Betreiber der Denunziation Liebermann wird 1948 zu sechs Jahren Arbeitslager und vollständigem Vermögensentzug verurteilt. Alle seine Versuche sich im Fall Rietig reinzuwaschen und einzig Schmalz und Traiser zu belasten scheitern. Alle Berufungsanträge werden vom Gericht abgelehnt.

¹ Lebenslauf Walter Rietig, in <http://stolpersteine-langen.de/index.php?section=79>

² HHStAW, Abteilung 518, Nr. 2626, Entschädigungsakte Walter Rietig

³ Heyl, Bernd: Vergeßt mich nicht, in Heyl/Neugebauer: „...ohne Rücksicht auf die Verhältnisse“, 1997

⁴ HHStAW, Abt. 520/DZ Nr.518342 Spruchkammerakte Heinrich Traiser

⁵ Eduard Betzendörfer, Die Namen der Langener Straßen, S.36

⁶ Lebenslauf Walter Rietig, in <http://stolpersteine-langen.de/index.php?section=79>

⁷ Telefonat mit dem Verfasser 10.12.2012

⁸ HHStAW, Abt. 520/DZ Nr.518342 Aussage Zängerle in Spruchkammerakte Traiser

⁹ HHStAW, Abt. 520/DZ Nr.518342 in Spruchkammerakte Traiser

¹⁰ HHStAW, Abt. 520/DZ Nr.518342 in Spruchkammerakte Traiser

¹¹ HHStAW, Abt. 520/DZ Nr.519683 Spruchkammerakte Artur Liebermann

¹² HHStAW, 3024/S in Nr.67 Prozessakte Walter Rietig

¹³ HHStAW, Abt. 520/DZ Nr.519683 Spruchkammerakte Artur Liebermann

¹⁴ HHStAW, Abt. 520/DZ Nr.518342 in Spruchkammerakte Traiser

¹⁵ HHStAW, Abt. 520/DZ Nr.518342 in Spruchkammerakte Traiser

¹⁶ Heidi Fogel in der FAZ, 14.09.1983

¹⁷ HHStAW, 3024/S in Nr.67 Prozessakte Walter Rietig

¹⁸ Stadtarchiv Rüsselsheim, Interview mit Fritz Zängerle. 13.2.1985

¹⁹ Form/Schiller: Politische NS-Justiz in Hessen S.300 ff, Marburg 2005

²⁰ HHStAW, Abt. 520/DZ Nr.519683 Spruchkammerakte Artur Liebermann

²¹ HHStAW, Abt. 520/DZ Nr.519683 Spruchkammerakte Artur Liebermann

²² HHStAW, 3024/S in Nr.67 Prozessakte Walter Rietig

Anhang 1:

Abschrift des Abschiedsbriefes von Walter Rietig an seine Familie

Berlin-Plötzensee, den 22. 12. 1942 Königsdamm 7

Haus III

Meine liebste Frau, mein lieber Sohn u. Schwiegervater! Als Weihnachtsbotschaft erhielt ich Deinen lieben Brief vom 20.12. Ich wollte Dir gerade einen zuversichtlichen Brief schreiben, denn ich hatte den Glauben, ich war immer Optimist, das trug mich über die schwersten Stunden hinweg. Am 28.10. feierte Italien den 20. Jahrestag des Marsches auf Rom, aus diesem Anlass gab Mussolini eine allgemeine Amnestie heraus. Am 30. Januar 1943 feiert Deutschland den 10. Jahrestag der Nat. Revolution und glaubte auch hier an eine allgemeine Amnestie. Außerdem hatte ich brieflich an meinen Anwalt einige Hinweise auf Feststellungen gegeben, die dazu hätten beitragen müssen, Entlastungszeugen festzustellen und somit den Beweis meiner Schuldlosigkeit zu bringen. Alles dies hätte schon vor der Verhandlung geschehen müssen, ich hatte vor der Verhandlung nicht einmal Gelegenheit, mit meinem Anwalt über die Anklage selbst zu sprechen. Herr Neuschäffer versprach mir zu kommen und kam doch nicht. Erst als ich Herrn Neuschäffer brieflich im Rahmen des Möglichen nach der Verhandlung einigermaßen aufklärte, antwortete Herr Neuschäffer, daß er erst die Entscheidungen der Gnadeinstanzen abwarten müsse. Er könne vorläufig leider nichts mehr machen. Erst als ich ihm Deine Mitteilung der Überweisung an den Reichsjustizminister schickte, gab mir Herr Neuschäffer Bescheid, etwas in dieser Sache zu unternehmen. Liebste Frau, behalte den Glauben an meine Schuldlosigkeit. Meine Entscheidung ist heute getroffen worden. Danke, es müssen ja so viele sterben für Volk und Vaterland. Es wäre mir noch möglich gewesen, den Gegenbeweis anzutreten, wenn ich nicht mehr sein werde, kann ich es nicht mehr. Ich habe im Leben meine Pflicht getan wie ich sie tun musste, mein Leben war Arbeit und Pflichterfüllung. Wenn ich diesen unehrenvollen Tod gestorben bin, Deine Ehre und von allen denen die mich kennen, ist mir gewiß. Liebste Frau, ertrage diesen Schmerz mutig, das Schicksal lässt sich nicht ändern. Ich hätte es gern und jederzeit bewiesen, daß ich das nicht bin, wessen man mich beschuldigte. Alle Gegenmaßnahmen, Entlastungsbeweise kamen jetzt zu spät. Die Angaben meiner Meister über mein Arbeitsverhältnis wären sehr wichtig gewesen. Setze bitte den Bund Deutscher Feuerbestattung in Kenntnis und lasse meine Urnenbestattung in Langen im Rahmen des Möglichen vollziehen. Der Mann von der Partei, der unserer Mutter die Grabrede hielt, hatte auch mir sehr aus dem Herzen gesprochen, und ich trage den Wunsch und die Bitte, dasselbe bei mir tun zu wollen. Die letzten Stunden, die ich noch verbleibe, wurden mir leichtgemacht, ich bekam Zigaretten, ein Weihnachtspaket mit belegtem Brot, Gebäck. Mein Eigentum wird Dir zugeschickt werden, ebenso noch eigenes Geld 19,13 Mark. Ich möchte noch allen denen meinen Dank

aussprechen, die Dich bis jetzt materiell unterstützten. Du warst eine vom Schicksal sehr hart geprüfte Frau mit einer sehr tiefen und aus dem Herzen kommenden Gemüts- und Seelenstimmung. Du warst mir eine sehr gute, liebevolle Frau. Das hattest Du, was jetzt an Dich herankommt, bestimmt nicht verdient. Trage mich im Andenken, und wenn nach Jahren der Schmerz einigermaßen überwunden ist, vielleicht findet auch Gerhard wieder einen neuen Papa. Euch allen meine Familie, Schwiegervater, meine Eltern und Geschwister, alle die mir nahestanden, wünsche ich viel Glück und eine frohe Zukunft. Ebenso wünsche ich dem deutschen Volke einen baldigen gerechten Sieg über seine Feinde und damit einen besseren Platz an der Sonne, Arbeit, Zufriedenheit und Glück.

Nun will ich Abschied nehmen, meine Lieben. Vergesst mich nicht, ich werde schuldlos mutig mein Urteil hinnehmen. Es ist ja alles ein Werden und Vergehen. Aber wenn es einen Gott gibt, Gott wird auch den strafen, der mich in meinen besten Jahren vor ein solches Urteil stellte. Wenn die Flamme meinen Körper verzehrt, mein Herz, meine Seele wird bei Euch sein. Seid nochmals herzlichst begrüßt meine Lieben, behaltet mich im Andenken.

Auf Wiedersehen.

(Walter Rietig mit Sohn Gerhard und Frau Margarete 1941)

